



Drei Empfehlungen zum Umgang mit bestehenden Schulbauten:

Warm anziehen reicht nicht

Beinahe wöchentlich wird in Österreichs Gemeinden eine Schulbaustelle begonnen, weil der schlechte Zustand eine Sanierung erfordert. Mit jeder Wärmedämmung leisten wir einen Beitrag zur Nachhaltigkeit. Der ist allerdings sehr gering – verglichen mit dem, was wir nicht sanieren.

Michael Zinner, Architekt und Leiter der Plattform „schulRAUMkultur“ an der Kunstuniversität Linz

Der innere Zuschnitt unserer Schulen ist meist nicht geeignet, eine angemessene Tagesbetreuung zu befriedigen. Ganz zu schweigen von den Bedürfnissen, die eine zeitgemäße Pädagogik mit sich bringt. Die baulichen Bedingungen für unsere zukünftigen Schulen werden daher immer wichtiger.

Probleme oder Chancen

Fast alle Schulbauten aus der Zeit von 1950 bis 1980 müssen technisch in Schuss gebracht werden. Mit rund 4.700 von 6.200 Schulen entfällt dabei auf Österreichs Gemeinden als Schulerhalter das größte Sanierungs- und Umbauvolumen. Gleichzeitig

werden kommunale Budgets laufend knapper. Auch die Welt der Pädagogik hat sich verändert. Frontalunterricht mit stillsitzen den Kindern, die alle nach vorne auf die Schultafel blicken, ist nicht mehr die einzige Methode des Lehrens und Lernens. Außerdem führen Entwicklungen am Arbeitsmarkt und in den Familien dazu, dass Kinder, Jugendliche und die in der Schule arbeitenden Erwachsenen länger in den Schulen „leben“ werden. Und zu guter Letzt sind Migration und Inklusion große Herausforderungen für unsere Schulen. Das ist im Rahmen eines Schulumbauvorhabens zu berücksichtigen. Alles zusammen wird zu einem wüsten Gemenge von „Pro-

blemen“. Drei dieser „Probleme“, die im Rahmen einer nachhaltigen Bildungs(bau) politik als „Chancen“ wahrgenommen werden müssen, sollen hier berücksichtigt werden: Führung, Bindung und Finanzierung.

Zusammen-Führen

Bildung ist eine Querschnittsmaterie. Gemeinden (wie auch Bundesländer) sind aufgefordert, „horizontal“ zu handeln. Die Verwaltung muss so organisiert werden, dass sie quer durch Ressorts entlang der Sache und nicht entlang der Zuständigkeiten handlungsfähig ist. Die erste Chance – und damit die erste Empfehlung – besteht also darin, für das Vorhaben Schulumbau eine



Aus dem „Offenen Ideenbüro“ im Herbst 2011 im Bundesschulzentrum Traun: Schüler erklärt. Architektin hört zu.

Ein-Binden

Es gibt keinen Schulumbau ohne Menschen. Wenn saniert, umgebaut oder geschrumpft beziehungsweise erweitert werden soll, haben wir nicht nur „tote“ Baumaterie vor uns, sondern lebende soziale Systeme. Das macht die Sache, sehen wir sie einzig aus der Perspektive des schnellen und kostengünstigen Bauens, „risikoreich“. Individualität und Selbstbestimmung stellen heute für viele Menschen zentrale Werte dar. Mitbestimmung ist bereits in unserer Politik ein wesentliches Element. Das muss auch in Zukunft für jeden Schulumbau gelten. Eine aktive Vorgangsweise ist die nächste „Chance“ – die zweite Empfehlung: Menschen müssen in die Entscheidungsprozesse eingebunden werden. Das heißt lange nicht, ein Wunschkonzert zu veranstalten. Menschen, die die Schwierigkeit einer Sache erkennen, übernehmen automatisch mehr Verantwortung. Das Jammern nach der Fertigstellung eines Schulumbaus hat nicht nur mit möglichen Mängeln zu tun, sondern auch damit, dass ein Ventil gesucht wird, wenn man ohnmächtig etwas „vor den Latz geknallt“ bekommt. Es ist leicht auf „die da oben“ oder „die anderen“ zu schimpfen, wenn zur Sache keine Bindung besteht. Ein-Bindung hingegen ist der Baustoff für eine spätere Akzeptanz. Die zweite Entwicklungschance besteht also in der Verknüpfung von Erfahrungswissen mit ExpertInnenwissen in Beteiligungsformaten: das bedeutet höhere Zufriedenheit und weniger Mängelbetreuungskosten.

Quer-Finanzieren

Schulbau kann aus vielen verschiedenen Quellen finanziert werden. Direkte „Baugelder“ kommen aus Kommunen und den Ländern (Förderungen). Weiters gibt es noch regional sehr unterschiedliche „Begleit-Gelder“ (Energie, Ganztags, Nachmittagsbetreuung, etc.) und je nach Sachlage mögliche „Umweg-Gelder“ (Verkehrsplanung, Schulzusammenlegung, Immobilienbewirtschaftung, Wirtschafts-

kooperationen, etc.). Ein Quer-Finanzieren gelingt nur, wenn der Blick auf das Ganze geweitet wird, denn erst damit eröffnen sich neue Budgets und Töpfe. Das erfordert Kreativität, Mut und Durchhaltvermögen. Der „quer durch“ gedachte Umbau einer bestehenden Schule bewirkt Mehrwert und wird so zu einer neuen „Chance“ – die dritte Empfehlung –, nicht nur für die Schule selbst, sondern für die gesamte Gemeinde im öffentlichen Leben. Die dritte Entwicklungschance besteht also im Aktivieren vieler Finanzierungsmöglichkeiten, die aus verschiedenen Bereichen kommen und auch in möglichst viele Bereiche hineinwirken.

Es kann nur besser werden

Wie soll das alles gehen? Die Sache ist komplex, die Interessen unterschiedlich und das Geld knapp. So weit so schlecht. Aber: Was können wir verlieren? Bisher haben Schulbauten ihren Dienst oft recht aber auch schlecht versehen. In Zukunft können sie das auf keinen Fall mehr. Sollen wir das bauliche Muster unserer Schulbauten weiterführen? Sollen wir die Formel „Gang + Klasse + Sonderunterrichtsraum“ um weitere Räume für Inklusion und Formen der längeren Betreuungen einfach nur ergänzen? Ist das nachhaltig wirtschaften, wenn wir die bestehenden Räume noch nicht mal die Hälfte der Zeit nutzen? Wir schlagen vor, es einfach und anders zu versuchen: Zusammen-Führen, Ein-Binden und Quer-Finanzieren. Es kann nur besser werden. Wenn wir ein Schulgebäude heute nur wärmedämmen, dann versäumen wir den Umbau von einer Lehranstalt zu einer Lebenswelt und damit eine Jahrzehnte-Chance. Das ist schlicht nicht nachhaltig, wenn wir kostenwahr Bildung rechnen. Jetzt nur Heizkosten zu sparen, kann in Zukunft teuer werden. Und spätestens dann reicht nicht einmal mehr warm anziehen. ■

INFOS:

www.schulraumkultur.at, www.vorortideenwerkstatt.at

eigene Steuerung (in größeren Gemeinden eine Gruppe, in kleineren vielleicht nur eine Person) ins Leben zu rufen. Abteilungen sollen so ressortübergreifend zusammenarbeiten und Verwaltungswege kurz gestaltet werden. Wenn also eine Gemeinde ein vielschichtiges Projekt wie den Schulumbau „zusammen-führt“, kann sie verschiedene Budgets zusammendenken, unterschiedliche Ausgangslagen klüger verknüpfen und Lösungen (er)finden, die mehr Synergie und höhere Wirtschaftlichkeit ermöglichen. Wieso nicht eine gemeinsame Bibliothek für Schule und Gemeinde öffnen? Wieso nicht Schulimmobilien tagsüber länger und auch in den Ferien nutzen? Aus größeren Städten wie Köln mit dem Projekt BAN (Bildung Altstadt Nord) kennen wir solche Beispiele aus der Verwaltung. Auch für kleine Gemeinden ist das sinnvoll, handelt es sich hier doch um ein qualitatives und nicht quantitatives Vorgehen. Die erste Entwicklungschance liegt also in anderen Handlungsmustern der Verwaltung, weil damit nachhaltiges Wirtschaften durch das Erkennen und Nutzen von Synergien erst möglich wird.

ÖGZ 12/2014 • 01/2015

ÖGZ

ÖSTERREICHISCHE GEMEINDE-ZEITUNG
Das Magazin des Österreichischen Städtebundes



100 Jahre
Österreichischer
Städtebund



Verlagspostamt 1110 Wien • P.b. 102038542 Österreichischer Städtebund, Rathaus, 1082 Wien • Nicht retournieren • DVR-Nummer 0656097

PÄDAGOGISCHE ARCHITEKTUR: LERNRÄUME IN NEUEN SCHULBAUTEN

Lernen - Bildung - Wissen

GENERALSEKRETÄR



Stärkere kommunale Bildungsverantwortung

Es ist noch nicht so lange her, da waren die Grenzen der kommunalen Bildungspolitik klar: Die Kommune ist für Gebäude und Ausstattung zuständig, der Bund für Inhalt und Konzept der Schulen. Inzwischen ist ein deutlicher Umschwung erkennbar. Die Bedeutung von Bildung ist ins Blickfeld des öffentlichen Bewusstseins gerückt – nicht zuletzt auch durch die PISA-Untersuchung. Somit ist es auch an der Zeit, den Bildungsbegriff auszuweiten. Kinder und Jugendliche lernen an vielen Orten und bei vielen Gelegenheiten. Schon die Kleinsten profitieren von einem frühen Zugang zu Bildung: der beitragsfreie Kindergarten übernimmt als erste Bildungseinrichtung eine wichtige Funktion und fördert die Chancengleichheit. Mindestens ebenso wichtig sind die Anstöße, die aus der Familie kommen, aus Medien, aus Freizeitangeboten sowie aus dem Stadtumfeld. Auf Vieles davon haben Städte und Gemeinden direkt oder indirekt Einfluss. Damit wird Bildung zu einem kommunalen Thema und die Gesamtverantwortung des Staates muss neu definiert werden. Die wichtigsten bildungspolitischen Aufgaben der Kommunen sind jedoch die Qualitätsentwicklung und Chancengleichheit. Faire Zukunftschancen für alle!

Dr. Thomas Weninger
Generalsekretär des Österreichischen Städtebundes

2 Stärkere kommunale Bildungsverantwortung
Editorial des Generalsekretärs des Österreichischen Städtebundes
Generalsekretär Thomas Weninger

3 Der Schlüssel zum Arbeitsmarkt
Vorwort des Präsidenten des Österreichischen Städtebundes
Bürgermeister Michael Häupl

Impressum

4 Städtebund Aktuell
Diverse Kurzmeldungen aus den Städten



Fotolia

Der Österreichische Städtebund rief am „Tag der Armut“ zur Beseitigung von Armut auf und unterstützt Initiativen – wie jene der Volkshilfe – die sich dieses Jahr besonders den kommunalen Strategien widmen. **Mehr auf Seite 4**

8 Kommunalnews
Kurzberichte aus den Bundesländern

12 Bildung
Es müssen gute Voraussetzungen für eine gleichberechtigte Teilhabe aller EinwohnerInnen an Bildung geschaffen werden. Lernen geschieht im öffentlichen Raum genauso wie in Bibliotheken, Kultur- und Sportvereinen. Darüber hinaus leisten ehrenamtlich Tätige einen wichtigen Beitrag.





42 Magazin
EU-Projekt Sinfonia: Innsbruck und Bozen werden im größten Smart City-Projekt Österreichs mit Energieeffizienz-Investitionen in Millionenhöhe zukunftsfit und zu europäischen Vorbildern.



Mehr als tausend Wohnungen werden in Innsbruck und Bozen im Rahmen von Sinfonia saniert.
Mehr auf Seite 42-43

54 Recht
Rechtsstaatsprinzip und die Gestaltung des Dienstrechts; Filme, Urheberrecht & MPLC

58 Finanzen
November 2014

IMPRESSUM: ÖGZ – Österreichische Gemeinde-Zeitung, Nr. 12/2014–1/2015 • Medieninhaber und Herausgeber: Österreichischer Städtebund, 1082 Wien, Rathaus, www.staedtebund.gv.at, oegz@staedtebund.gv.at, Tel. +43(0)1/4000-89993 • Leitung: Generalsekretär Dr. Thomas Weninger • Verleger: Bohmann Druck und Verlag Ges. m. b. H. & Co. KG, 1110 Wien, Leberstraße 122, Geschäftsführer: Dr.ⁱⁿ Gabriele Ambros, Gerhard Milletich • Chefredakteurin des Österreichischen Städtebundes: Mag.^a Silvia Stefan-Gromen, Tel. +43(0)1/4000-89993, Fax: +43(0)1/4000-7135 • Redaktion: Mag. Roland Preiss, Grafische Gestaltung: Martin Hampejs, Lektorat: Mag. Bernhard Plos, Fotoredaktion: Markus Wache • Reproduktion: Repromedia Druckges. m. b. H. Nfg. KG, Leberstraße 122, 1110 Wien • Druck: Wograndl Druck Ges. m. b. H., Druckweg 1, 7210 Mattersburg • Auflage: 6.000 • Erscheinungsweise 2014: 10 Ausgaben • Cover: Hertha Hurnaus. Copyright für nicht (anders) bezeichnete Fotos: Österreichischer Städtebund • Zum Nachdruck von Veröffentlichungen aus der ÖGZ ist ausnahmslos die Genehmigung der Redaktion einzuholen. Namentlich gezeichnete Beiträge geben die Meinung der/des Verfassenden wieder, die sich nicht unbedingt mit jener der Redaktion bzw. der Position des Städtebundes decken muss. Die Redaktion der ÖGZ bekennt sich zum Einsatz einer geschlechtergerechten Sprache. • Abonnements laufen ganzjährig und müssen eingeschrieben einen Monat vor Ablauf abbestellt werden, sonst erfolgen nach Usancen im Zeitungswesen Weiterlieferung und Weiterverrechnung. Einzelheft: EUR 4,50; Jahresabonnement: EUR 42; Abo-Bestellnummer: Tel. +43(0)1/740 32-466 • Anzeigen: Sascha Kovacs, s.kovacs@schmid-verlag.at, Tel. +43(0)1/740 32-573 • Advertorials sind bezahlte Einschaltungen und unterliegen der Verantwortung der Anzeigenabteilung.

PRÄSIDENT



Der Schlüssel zum Arbeitsmarkt

Bildung wird in den Städten sehr ernst genommen: Schon für die Kleinsten werden pädagogische Kindergartenkonzepte ausgearbeitet. Die Aus- und Weiterbildungsmöglichkeiten von Jugendlichen werden von Jahr zu Jahr ausgebaut. Zudem ein ganztägiger, verschränkter Unterricht die Schulforn des 21. Jahrhunderts ist. Die Arbeitslosenstatistik zeigt: Je besser die Menschen ausgebildet sind, desto besser sind ihre Chancen auf dem Arbeitsmarkt. Daher ist es sinnvoll, Jugendlichen mehr Zeit für Ausbildung zu geben. Denn das bedeutet, bessere Integration in die Arbeitswelt. In schwierigen Zeiten darf der Sparstift nicht bei der Bildung angesetzt werden – das ist der falsche Weg. Zur Finanzierung der Universitäten ist die Bundesregierung einmal mehr gefordert, ihren eigenen Koalitionsvertrag für Bildung einzuhalten und die Budgetsicherheit der Universitäten sicherzustellen. Schließlich lautet das Regierungsziel, bis 2020 zwei Prozent des BIP für tertiäre Bildung aufzuwenden. Investitionen sind notwendig. Allein, das Niveau der heimischen Hochschulen halten zu können, bedeutet große Anstrengungen. Wir müssen daran arbeiten, nicht nur den Status quo zu retten, sondern auch den Abstand zu den „Innovation Leaders“ wie Schweden, Dänemark oder Finnland zu verringern.



Bürgermeister Dr. Michael Häupl
Präsident des Österreichischen Städtebundes